

# Alpine Infrastruktur im Wandel – Gedanken zur künftigen Rolle des öffentlichen Sektors im Alpenraum

*Stephan Tischler*

Sie sind ein gewohnter Anblick in vielen Regionen der Alpen: Stahlschneebrücken zur Lawinenverbauung. Durch das Verhindern des Abgleitens von Lawinen werden dadurch der vom Menschen genutzten Teil des Alpenraumes und seine Infrastrukturen wie Verkehrswege, Aufstiegsanlagen oder Kraftwerke geschützt. So weit, so bekannt. Doch welcher Konnex lässt sich zwischen diesen die Alpine Landschaft prägenden Stahlbauten im Hochgebirge und dem „Öffentlichen Sektor“ herstellen?

An kaum einer anderen öffentlichen Infrastruktur lassen sich Eigenschaften wie beispielsweise die fehlende Bereitstellung durch den privaten Sektor oder die Unmöglichkeit der Beschränkung auf zahlungswillige Nutzer so eindrücklich darstellen. Schutzbauten wie die genannten Stahlschneebrücken sind somit ein klassisches Beispiel, um das Themenfeld von öffentlichen Infrastrukturinvestitionen im Alpenraum näher zu erörtern und die Rolle des öffentlichen Sektors angesichts neuer Herausforderungen offen zu diskutieren.

Das „öffentliche Interesse“ an Bauwerken zum Schutz vor Naturgefahren wurde bzw. wird angesichts des gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Nutzens nicht oder nur äußerst selten in Frage gestellt. Die gegenwärtigen Änderungen von maßgeblichen Rahmenbedingungen – klimatologische Bedingungen zählen dazu ebenso wie beispielsweise ein Wandel hinsichtlich gesellschaftlicher Ziele – erfordern jedoch, die Infrastrukturpolitik im Alpenraum basierend auf den künftigen Anforderungen in den unterschiedlichen Infrastrukturbereichen kritisch zu hinterfragen und, wo erforderlich, zu adaptieren.

Der fachliche Hintergrund der Veränderungsprozesse ist bekannt: Durch eine stärkere Erwärmung im Vergleich zum globalen Mittel wie auch durch entsprechende Folgewirkungen aufgrund der Topografie stellt der Klimawandel den Alpenraum und dadurch letztlich auch den anthropogenen Lebensraum vor neue Herausforderungen. Stellvertretend für viele andere Infrastrukturbereiche (u.a. Verkehr, Gesundheit, Bildung, Ver- und Entsorgung etc.) soll anhand der folgenden drei Beispiele aufgezeigt werden, mit welchen Entwicklungen die Infrastrukturpolitik in den Alpen

gegenwärtig wie zukünftig verstärkt konfrontiert sein wird.

Der Themenbereich Tourismus und Klimawandel wird bereits seit etlichen Jahren fachlich und politisch teils äußerst kontrovers diskutiert. Im Fokus stand dabei vor allem der bislang aufkommenstarke Wintertourismus und der stetig zunehmende technische Aufwand zur Gewährleistung „winterlicher Fahrverhältnisse“. Gegenwärtige Studien (Mitterwallner et. al, 2024) gehen von einer Reduktion der Tage mit natürlicher Schneedecke in den Alpen bis zum Ende des 21. Jahrhunderts von rund 45 % aus. Parallel dazu sind auch die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse in Form eines Wertewandels hinsichtlich Freizeit- und Urlaubsaktivitäten festzustellen. Mehr als 60 % der Wintersportler würden das Schifahren bei anhaltend schneearmen Wintern bzw. schlechten Schneebedingungen reduzieren (BMFWF, 2012, S. 9). Da sich im Alpenraum mehr als zwei Drittel aller weltweiten Schigebiete befinden, sind massive wirtschaftliche wie auch gesellschaftliche Herausforderungen zu erwarten und teilweise bereits spürbar.

Interessant könnte sich vor allem die künftige Rolle der öffentlichen Hand im Erhalt und Betrieb von kleineren bis mittelgroßen Schigebieten erweisen. Große Schiressorts verfügen über ausreichend finanzielle Mittel, um die stetig wachsenden Investitionen in technische Anlagen zur Gewährleistung einer ausreichenden Beschneidung selbst tätigen zu können. Kleine bis mittelgroße Schigebiete sind jedoch auf die Unterstützung durch Gemeinden wie Länder angewiesen, um den Betrieb noch weiterführen zu können. Für Kleinstschigebiete mit oft nur einer Aufstiegsanlage – gerne als „Bürger(meister)lift“ bezeichnet – stellt sich die Situation dank ehrenamtlich erbrachter Arbeitsleistungen, fehlendem Investitionsdruck und Beiträgen aus den kommunalen Budgets oft deutlich günstiger dar. Gebiete mit aufwändigeren Anlagen indes sind auf Fremdkapital angewiesen und bangen Saison um Saison um den Weiterbestand.

Doch auch die touristische Infrastruktur für die wärmere Jahreszeit steht vor neuen Herausforderungen. So befindet sich die Finanzierung von Freizeitinfrastruktur bei-

spielsweise in Form von Schwimmbädern durch öffentliche Mittel bereits seit längerer Zeit auf dem Prüfstand. Die Schließung von Hallen- und zunehmend auch Freibädern in vielen Gemeinden ist nicht nur auf ein geändertes Freizeit- und Sportverhalten zurückzuführen (Amt der Oö. Landesregierung, 2015, S. 3), sondern insbesondere im touristisch geprägten Alpenraum auch eine Folge der gestiegenen Qualitätsanforderungen im Beherbergungsbereich (Kohl & Partner GmbH, 2024). Der Bau von „Spa-Bereichen“ hat – ausgehend von zunächst größeren Hotelanlagen – in den letzten Jahrzehnten zunehmend auch kleinere Beherbergungsbetriebe erfasst. Gäste sind somit nicht mehr auf öffentliche Schwimmbäder angewiesen. Als Folge bleiben entsprechende Einnahmen aus und führen zusammen mit erforderlichen Investitionen in die meist schon baulich betagteren öffentlichen Badeanstalten zu finanziellen Schwierigkeiten. Problematisch ist diese Entwicklung insbesondere für die heimische Bevölkerung, Letztlich fehlt in vielen Regionen bereits die Möglichkeit zur Abhaltung der Schwimmkurse im Rahmen des Schulunterrichtes, da kaum alternative Möglichkeiten zum Ausüben des Schwimmsportes zur Verfügung stehen.

Deutlich stärker als in den Schwimmbädern wird der Klimawandel bei der Wege- und Hütteninfrastruktur im alpinen und hochalpinen Gelände sichtbar und letztlich auch finanziell für die erhaltenden Vereine spürbar. Laut dem Verband Alpiner Vereine (VAV) befinden sich in Österreich 272 Schutzhütten in alpiner Lage, die Länge des betreuten alpinen Wegenetzes wird mit rund 50.000 km angegeben. Insbesondere der auftauende Permafrost, sich ändernde Bergwasserverhältnisse und die Zunahme von Extremwetterereignissen führen zu erhöhten Instandhaltungsaufwänden. Rund 100 Millionen Euro werden vom VAV als erforderlicher finanzieller Beitrag der öffentlichen Hand zum Erhalt dieses „Österreichischen Identitätsmerkmals“ (Der Standard, 2024) genannt. Dem nicht genug, fordert die österreichische Landwirtschaftskammer nun auch eine finanzielle Abgeltung für die Instandhaltung der Kulturlandschaft (Tiroler Tageszeitung, 27.7.2024).

## Literaturverzeichnis

Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Inneres und Kommunales (2015): Status Quo und empfohlene Zielausrichtung „2025“ der kommunalen Hallen- und Freibadeanlagen Oberösterreichs - Zusammenfassendes Ergebnis der Oberösterreichischen Bäderstudie, Linz

BML - Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (2024): Wildbach- und Lawinerverbauung in Österreich, Wien

BMWFW - Bundesministerium für Wissenschaft, For-

Die genannten Themenbereiche sollen verdeutlichen, dass der kritischen Auseinandersetzung über den öffentlichen oder privaten Mitteleinsatz in der Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen im Alpenraum künftig eine größere Bedeutung beizumessen sein wird. In allen genannten Bereichen ist der Ruf nach einem Einstieg der öffentlichen Hand bei Erhaltung und Betrieb der Infrastruktur angesichts fehlender Mittel aus dem privaten Sektor zu vernehmen. Doch ist das öffentliche Interesse an den eingangs erwähnten Lawinenschutzbauten gleich einzuordnen wie jenes am Ausüben des Schisportes oder einer Nächtigung in einer urigen Berghütte?

Unstrittig ist die Rolle des öffentlichen Sektors hinsichtlich der eingangs erwähnten Wildbach- und Lawinerverbauung. Rund 20% des österreichischen Gebäudebestandes sind durch Naturgefahren potentiell betroffen, 170.000 Liegenschaften befinden sich in Gefahrenzonen. Fast zwei Drittel aller im Jahr 2023 aufgetretenen Schadensereignisse betreffen inneralpine Lagen in den Bundesländern Tirol und Kärnten. Das Investitionsvolumen für die mehr als 800 Baufelder betrug 2023 175 Millionen Euro, 70 % davon entfallen auf Maßnahmen zur Verbauung von Wildbächen (BML, 2024). Im Gegensatz zu den vorherigen Infrastrukturbereichen wird die Verantwortlichkeit der öffentlichen Hand und damit auch die Finanzierung hinsichtlich des Schutzes vor Naturgefahren jedoch nicht hinterfragt. Dabei wäre angesichts eines zunehmenden Gefährdungspotentials die Frage zu stellen, ob nicht auch der Stellenwert von Bau- und Raumordnung im Naturgefahrenmanagement neu zu definieren ist.

In diesem Sinne wird es dem „Öffentlichen Sektor“ auch in den nächsten 30 Jahren nicht an spannenden inhaltlichen Themen und Beiträgen mangeln sei es durch wissenschaftliche Aufbereitung von Grundlagen, dem fachlichen Diskurs zu verschiedenen Strategien und Konzepten oder auch der Beschreibung neuer innovativer Ansätze als Anstoß für die Entwicklung von Lösungsmöglichkeiten.

schung und Wirtschaft (2012): Klimawandel und Tourismus in Österreich 2030. Auswirkungen, Chancen & Risiken, Optionen & Strategien. Studien-Kurzfassung, Wien

Der Standard (2024): Alpine Vereine brauchen 95 Millionen Euro, um Hütten und Wege zu erhalten, Wien, <https://www.derstandard.at/story/3000000221432/alpine-vereine-brauchen-95-millionen-euro-um-huetten-und-wege-zu-erhalten> (29.5.2024)

Kohl & Partner GmbH (2024): Bäderstudie Tirol, Villach,

<https://www.kohl-partner.at/de/baedersterben-oder-naturliche-entwicklung.html> (13.8.2024)

Mitterwallner V., Steinbauer M., Mathes G., Walentowitz A. (2024): Global reduction of snow cover in ski areas under climate change. PLoS ONE 19(3): e0299735. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0299735>

Ständiges Sekretariat der Alpenkonvention (2019): Alpenzustandsbericht – Naturgefahren, Risiko-Governance, Innsbruck, [https://www.alpconv.org/fileadmin/user\\_upload/Publications/RSA/RSA7\\_DE.pdf](https://www.alpconv.org/fileadmin/user_upload/Publications/RSA/RSA7_DE.pdf) (12.8.2024)

Tiroler Tageszeitung (27.7.2024): Bauern fordern den Touristen-Euro: Warum dieser Vorschlag in Tirol für Aufregung sorgt, Innsbruck <https://www.tt.com/artikel/30888048/bauern-fordern-den-touristen-euro-warum-dieser-vorschlag-in-tirol-fuer-aufregung-sorgt> (27.7.2024)